

Antrag: Zusätzlichen Standort in Gunzenhausen genehmigen

Seehofer soll bei der Luftrettung helfen

Gemeinsamer Antrag aus Ansbach und aus Roth

ANSBACH/GUNZENHAUSEN (rei) – Unstrittig ist: Im westlichen Mittelfranken und im nordwestlichen Schwaben gibt es derzeit gravierende Lücken bei der schnellen Rettung von Verletzten aus der Luft. Heftig umstritten ist allerdings: Wo wird ein zusätzlicher Hubschrauber-Standort eingerichtet? Politiker in Schwaben kämpfen für Donauwörth und Augsburg. In Mittelfranken wird der Standort Gunzenhausen favorisiert. Jetzt haben der Rother und der Ansbacher Landrat bei Ministerpräsident Horst Seehofer offiziell beantragt, dass Gunzenhausen den Zuschlag erhält.

Den Brief an Seehofer schrieben die Landräte Rudolf Schwemmbauer (Ansbach) und Herbert Eckstein (Roth) in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Rettungszweckverbände Ansbach und Mittelfranken-Süd. Beide Politiker unterstreichen, wie stark die Landkreise Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen, Neustadt/Aisch-Bad Windsheim sowie die mittelfränkische Be-

zirkshauptstadt Ansbach Interesse daran haben, dass ein zusätzlicher Rettungshubschrauber in Gunzenhausen stationiert wird. Der dortige Standort habe gegenüber den schwäbischen Alternativen Donauwörth und Augsburg bei der Bergung von Verletzten große zeitliche Vorteile. Zudem gebe es mehrere Zielkliniken, in die Patienten geflogen werden könnten. Zur Verfügung stünden gegenüber Augsburg und Donauwörth auch eine „größere Anzahl an geeigneten Notärzten“. Deshalb: Gunzenhausen habe gegenüber Donauwörth zeitliche, räumliche und personelle Vorteile und sei auch aus klinischer Sicht besser geeignet.

Die Entscheidung, an welcher Stelle ein Hubschrauber stationiert wird, dürfe auch „nicht davon abhängen, welche Region über welche politischen Kanäle den größeren Druck aufbauen kann“. Damit sprechen der Rother und der Ansbacher Landrat die massiven Initiativen im schwäbischen Raum zugunsten von Augsburg und Donauwörth an.

Gegenüber der FLZ betonte Rudolf



Transporte im Rettungshubschrauber bringen Zeitvorteile und können Leben retten. Doch noch gibt es im Landkreis Ansbach gravierende Versorgungslücken. Foto: Blendinger

Schwemmbauer gestern, dass ein Rettungshubschrauber-Standort in Donauwörth weite Teile des Landkreises Ansbach nicht ausreichend „absichern“ könne.

Sollte die Entscheidung dennoch für einen Standort in Schwaben fallen, werde dies nicht einfach hingenommen. Dann müsse es darum gehen, noch einen weiteren Hubschrauber-Standort genehmigt zu bekommen,

damit vor allem im westlichen Mittelfranken Patienten nicht schlechter versorgt werden als in anderen Regionen Bayerns. Die festgeschriebenen Zeiten, innerhalb derer schwer verletzte Menschen mit einem Hubschrauber geborgen werden müssen, könnten von einem Standort Donauwörth aus nicht eingehalten werden.

Auf die Frage, ob er nach wie vor davon ausgehe, dass der Einsatz für den

Standort Gunzenhausen erfolgreich sein kann, verwies der Ansbacher Landrat auf den Einsatz der Landtagsabgeordneten Klaus Dieter Breitschwert und Gerhard Wägemann (beide CSU).

Bisher habe er noch „keine negativen Rückmeldungen“ erhalten. Deshalb, so Rudolf Schwemmbauers Überzeugung, „gehe ich davon aus, dass wir nach wie vor im Spiel sind“.

Krankenhaus-Vorstand Dr. Andreas Goepfert sprach vor dem Deutschen Städtetag in Berlin

Die neue Klinik-Strategie als Modell

„Tabufreies Hinterfragen aller Prozesse und Strukturen“ – Vision: Eine starke Marke

DINKELSBÜHL (sh) – Die neue Strategie des Verbundklinikums Landkreis Ansbach ist bundesweit auf Interesse gestoßen. Vorstand Dr. Andreas Goepfert stellte das Modell in Berlin dem Vorstand des Deutschen Städtetages vor. Das ge-

schäftsführende Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus sprach danach davon, dass die „vorgestellte Lösung als Modell für die kommunalen Krankenhäuser herangezogen werden kann, die sich aktuell mit ähnlichen Zielen beschäftigen“.

Dr. Goepfert hatte unter anderem die besondere Bedeutung des „Kunden“ als Leistungsempfänger betont. „Wobei jeder als Kunde gesehen wird, der mit dem Verbundklinikum in Kontakt ist: Patienten, Angehörige, Zuweiser, Kostenträger, Firmen, Mitarbeiter ...“ Ein bestimmender Faktor sei die Servicequalität.

Als weiteren Schwerpunkt betonte der Klinikmanager die „bedarfsgerechte Anpassung der Krankenhausstruktur durch tabufreies Hinterfragen aller Prozesse und Strukturen“. Der dauernde Wandel auf den Gebieten der Diagnostik und Therapie sowie der zunehmende wirtschaftliche Druck schafften Rahmenbedingungen, die den Wettbewerb stark veränderten. Behaupten könne sich das Unternehmen, „das nach innen und nach außen großen Wert auf Klarheit, Transparenz und wirtschaftliches Handeln legt“.

In zwei bis fünf Jahren sollten seine Visionen Realität sein, sagte Dr. Goepfert in Berlin. „Dann sind die Kliniken der Region zusammengeführt und als starke Marke etabliert.“ Die Gesundheitsversorgung erfolge aus einer Hand. Der zentrale Wettbewerbsfaktor heiße Vertrauen.

Vor allem drei Themenbereiche wurden in Berlin diskutiert: Was ist die Unternehmensstrategie? Wie können die Fallzahlen gesteigert werden? Wie sehen die wichtigen und erfolgreichen Kommunikationsmaßnahmen aus? An dem Erfahrungsaustausch nahm auch der Vorstand der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser im Deutschen Städtetag teil.



Eine Gesundheitsversorgung aus einer Hand strebt der Vorstand des Verbundklinikums im Kreis, Dr. Andreas Goepfert, für die Region an. F.: Reinhardt

Der Feuchtwanger „Sänger-Streit“ geht in die nächste Runde

Landrat: „In höchstem Maße unanständig“

Das Engagement von Helma Kurz ausdrücklich gewürdigt

FEUCHTWANGEN (rei) – Als „in höchstem Maße unanständig“ bezeichnet Landrat Rudolf Schwemmbauer, wie mit der Feuchtwanger Sängermuseums-Geschäftsführerin Helma Kurz umgegangen wurde.

Es stimme ihn nicht nur nachdenklich, sondern es ärgere ihn auch, „dass Menschen, die sich mit hohem privaten Einsatz für unsere Region stark machen, so behandelt werden“. Damit nahm Schwemmbauer Stellung zu der Entlassung von Helma Kurz als ehrenamtliche Geschäftsführerin der Sängermuseums-Stiftung. Natürlich müssten Defizite im Geschäftsbereich kritisch hinterfragt und analysiert werden. Doch dies rechtfertige in keiner Weise die Vorgehensweise der Stiftung.

Weiter betonte der Landrat: „Wir dürfen nicht zulassen, dass eine herausragende Einrichtung wie das Sän-



Ist selbst aktiver Sänger und Dirigent: Landrat Rudolf Schwemmbauer. Foto: Reinhardt

germuseum-Archiv dem Landkreis entrisen und damit das Sängermuseum in Feuchtwangen geschwächt wird“. Die Einrichtung müsse erhalten bleiben.

Er freue sich, dass diese Meinung von vielen verdienten Politikern wie den Abgeordneten Josef Göppel und Klaus Dieter Breitschwert (beide CSU) geteilt werde.

Im Blickpunkt

Zubringer zur S-Bahn

ANSBACH – Mit den Zubringerbussen zur S-Bahn Nürnberg-Ansbach am Bahnhof Heilsbrunn befassen sich die Kreisräte in der heutigen Sitzung des

ÖPNV-Ausschusses. Unter anderem geht es um die Ausweitung des Fahrtenangebotes sowie um eine Tarifzonenänderung. Die Sitzung findet ab 13 Uhr im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Ansbach statt.

Der Leser hat das Wort

An dieser Stelle haben unsere Leser das Wort. Sie nehmen zu Fragen Stellung, die die Öffentlichkeit angehen. Alle hier veröffentlichten Meinungen stellen nicht die Ansicht der Redaktion dar, sondern die des Einsenders. Damit Ihr Brief möglichst rasch veröffentlicht werden kann, haben wir eine Bitte: Bleiben Sie sachlich, verschweigen Sie Ihren ehrlichen Namen nicht und – vor allem – fassen Sie sich kurz! Briefe mit einer Länge

von mehr als 35 Zeilen (zu je 33 Anschlägen) werden prinzipiell nicht veröffentlicht. Darüber hinaus behält sich die Redaktion in jedem Fall das Recht vor, die Zuschriften auch ohne Rücksprache zu kürzen. Falls sich ein Leserbrief auf einen bestimmten Artikel bezieht, sollte die Zuschrift nicht später als eine Woche nach Veröffentlichung des Zeitungsbeitrages in der FLZ-Redaktion eingehen.

„Verräterisches“ Lob

Betrifft: Diskussion um das Sängermuseum in Feuchtwangen und Abberufung von Helma Kurz als Geschäftsführerin.

Wer will künftig eigentlich die Personalkosten tragen, die in Feuchtwangen für Stiftung und Sängermuseum nach der Entlassung von Frau Kurz anfallen? Wer übernimmt dazu die für Veranstaltungen fälligen Vorarbeiten (so wie die dezente Abfederung eventueller Defizite), holt zukünftig Solisten und die besten Chöre zum Chorfest nach Feuchtwangen oder sieht bei Alarm im Museum nach dem Rechten? Diese Leistungen können keinesfalls nur über Eintrittsgelder finanziert werden. Wo also liegt der eigentliche Sinn der „Spar“-Aktionen des Stiftungsrates? Fragen über Fragen, aber keine Antworten auf Feuchtwanger Probleme.

Unverdorren aber informiert die aktuelle Homepage des Deutschen

Chorverbandes: „Das Stiftungsarchiv und die Forschungsstelle sind ein Eldorado für Wissenschaftler und Hobbyforscher.“

Hohe Zeit für Herrn Dr. Scherf, dieses „verräterische“ Lob sogleich abschalten zu lassen – trifft doch dessen Aussage exakt eine Situation in Feuchtwangen, die man als gewachsen und bewährt besser nicht ändern sollte. Aber weiß er das auch?

Carl-Ernst K o h l h a u e r
Heidelberg

Anm. d. Red.: Der Verfasser ist Mitglied des Fördervereins Sängermuseum e.V.

**„Hat nur Vorteile“
Betrifft: Biotonne im Landkreis Ansbach.**

Seit Jahren warten wir schon auf die Biotonne im Landkreis Ansbach. Stadtbewohner haben sie schon jahrelang. Die Biotonne hat nur Vorteile!

In die Biotonne entsorgen wir Essensreste, verschimmeltes Brot und

Obst, Bananenschalen, Schalen von Südfrüchten, Unkräuter und alles was wir nicht auf dem Kompost haben wollen. Sie wird jede zweite Woche geleert. Wir sparen uns den Weg und die Zeit, die Gartenabfälle zum Wertstoffhof zu bringen, und haben somit dort keine Kosten mehr. Der Restmüll hat sich auch um die Hälfte reduziert und wir können bis zu 14-mal im Jahr die Entleerungskosten der Mülltonne einsparen. Die Mehrkosten für die Biotonne sind also durch weniger Kosten für Leerungen der Restmülltonne eingespart. Und zusätzlich sparen wir Fahrtkosten und Zeit zum Gartenabfallcontainer. Auch brauchen wir nicht mehr auf Öffnungszeiten des Wertstoffhofs zu achten.

Wir können nicht verstehen, warum bis jetzt so wenig Leute auf die Biotonne eingestiegen sind!

Vielleicht müssen einige Bewohner des Landkreises Ansbach erst noch umdenken?

Jürgen S t ö h r
Herrieden

Breitschwert: 7,74 Millionen Euro für Fachhochschule Ansbach

Platz für mehr Studierende

Naaß: Neubau entspricht energetisch aktuellen Anforderungen

ANSBACH (pm) – Den Weg für einen weiteren Ausbau der Fachhochschule (FH) Ansbach hat der Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags gestern frei gemacht: Mit der einstimmigen Genehmigung einer ersten Teilbaumaßnahme mit einem Investitionsvolumen von 7,74 Millionen Euro, so der CSU-Abgeordnete Klaus Dieter Breitschwert, könnten jetzt weitere Unterrichts- und Büroräume für die Aufnahme zusätzlicher Studierender, Lehrpersonen und Mitarbeiter entstehen.

Geplant sei ein dreigeschossiges Gebäude mit quadratischem Grundriss. Dieses solle ein Innenhof räumlich und funktional in zwei Bereiche gliedern: Im westlichen Teil des Erdgeschosses werde die Verwaltung, im östlichen Teil der Unterrichtsbereich untergebracht. Derzeit verhandle das Wissenschaftsministerium noch mit der kreisfreien Stadt Ansbach über den Ausgleich von 33 fehlenden Kfz-Stellplätzen, so Klaus Dieter Breitschwert in seiner Presseerklärung. Nach Abschluss dieser Gespräche wer-

de das Zustimmungsverfahren durchgeführt. „Um das Projekt nicht zu verzögern, soll die Bereinigung der Stellplatzsituation in der zweiten Teilbaumaßnahme vorgelegt werden.“

Bisher habe der Freistaat rund 51 Millionen in die Ansbacher Hochschule investiert, so der Abgeordnete weiter. Und: „Die Investitionen von rund knapp 7,8 Millionen Euro werden unsere Hochschule entscheidend weiter nach vorne bringen.“ Es sei erfreulich, dass sich die Stadt Ansbach an diesen Kosten mit einer Million Euro beteiligen werde. „Dies ist gut angelegtes Geld in die Zukunft unserer Stadt.“

Dass das Gebäude energetisch den aktuellen Anforderungen entspreche, teilte gestern SPD-Abgeordnete Christa Naaß aus Haundorf mit, deren Fraktion der Baumaßnahme ebenfalls zugestimmt hat. Auf dem Dach des Gebäudes sei eine Modulfläche für Photovoltaik vorgesehen. Damit werde der Kohlendioxid-Ausstoß vermindert. Zudem könnten die Freianlagen des Neubaus über eine Regenwassernutzungsanlage im Bereich des Hochschulgeländes bewässert werden.